

# Wir IN BERLIN

INFORMATIONEN DER THÜRINGER SPD-ABGEORDNETEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

## SPD startet in den Wahlkampf

*Liebe Genossinnen und Genossen,*

nach unserem Bundesparteitag gehen wir mit Peer Steinbrück als SPD-Kanzlerkandidaten geschlossen in den Wahlkampf. Wir wollen CDU/CSU und FDP aus ihrer Verantwortung für Deutschland entlassen, weil unser Land eine bessere Regierung verdient hat.

Wo die Bundesregierung gestalten könnte, stellt sie die falschen Weichen oder weigert sich, ihren Koalitionsvertrag umzusetzen. So vergibt sie ein Jahr vor der Wahl die Chancen wie bei der Energiewende oder verabschiedet sich von wichtigen Projekten wie bei den Ost-Renten. Eine Einigung in entscheidenden Fragen verhindern die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Koalition. Es wird Zeit, dass diese Regierung endlich die gerechte Quittung für ihre Politik erhält.

Die SPD genießt bei zentralen Zukunftsthemen wachsendes Vertrauen der Menschen. Unsere Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn, mehr Kita-Plätzen statt dem Betreuungsgeld, einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes und einer Finanztransaktionssteuer finden großen Zuspruch. Wir haben die gesellschaftlichen Mehrheiten auf unserer Seite. Jetzt geht es darum, dass daraus auch Wählerstimmen und ein politischer Gestaltungsauftrag werden.

Wir wollen ein sozial gerechtes Deutschland und unser Land in der Bildungspolitik, in der Familienpolitik, in der Steuerpolitik und anderen Politikfeldern zukunfts-



**SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag:  
Carsten Schneider, Iris Gleicke und Steffen-Claudio Lemme**

fähig gestalten. Dafür werden wir in den kommenden Monaten bis zur Bundestagswahl kämpfen. Mit Euch gemeinsam wollen wir als SPD-Landesgruppe diesen Weg gehen. Deshalb freuen wir uns über jede Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch und über Einladungen in Eure Ortsvereine und Kreisverbände, um mit Euch zu diskutieren.

*Eure Iris, Euer Steffen und Euer Carsten*

### IRIS GLEICKE

Ost-Renten und  
NSU-Aufarbeitung

SEITEN 2, 3

### STEFFEN-CLAUDIO LEMME

Gesundheit und  
Arbeitnehmerrechte

SEITEN 4, 5

### CARSTEN SCHNEIDER

Wohnraum und  
Beschäftigtenschutz

SEITEN 6, 7

### WIR VOR ORT

Unsere  
Wahlkreisbüros

SEITE 8



## Iris Gleicke

ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus Suhl sowie den Landkreisen Schmalkalden-Meiningen und Hildburghausen.

Iris ist Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecherin der Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsabgeordneten. Sie gehört dem Ältestenrat des Deutschen Bundestages an.

Außerhalb des Bundestages ist Iris u. a. stellv. Landesvorsitzende der Thüringer SPD, Beisitzerin im Vorstand des Thüringer Mieterbundes, Vorsitzende des Fördervereines Jugendzentrum Wiesenbauschule e. V. Schleusingen und Vorsitzende des ASB Suhl.

[www.iris-gleicke.de](http://www.iris-gleicke.de)

# Gleiches Rentenrecht in Ost und West

Nach intensiven Diskussionen hat der Parteivorstand ein Rentenkonzept beschlossen. Ich bin froh, dass wir Ostdeutschen es geschafft haben, eines der wichtigsten und emotionalsten Themen der letzten Jahre erfolgreich in das Konzept einzubringen. Manuela Schwesig und Judith Kerschbaumer (ver.di), Sprecherin des Bündnisses zur Rentenangleichung, haben gemeinsam mit mir einen Fahrplan zur Vereinheitlichung der Rentensysteme vorgelegt.

Dieser Fahrplan sieht als Kernstück die stufenweise Angleichung des Rentenwertes Ost an West bis 2020 vor. Ost-Rentner werden durch die schrittweise Anhebung sofort steigende Altersrenten erhalten. Der „Aufwertungsfaktor“, der dafür sorgt, dass ostdeutsche Löhne für die spätere Rente höher bemessen werden, bleibt bis zum Jahr 2020 erhalten. Diese Übergangslösung hilft den ostdeutschen Rentnern, ohne ostdeutsche Arbeitnehmer zu belasten.

Ziel ist ein bundeseinheitliches Rentenrecht ab dem Jahr 2020. Dann wird der „Aufwertungsfaktor“ abgeschafft und die Beitragsbemessungsgrenze Ost angehoben. Ostdeutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit hohem Einkommen sind darauf nicht länger angewiesen. Entscheidend aber ist, dass für niedrige Einkommen mit der „Solidarrente“ weiterhin ein Mechanismus zur Verfügung steht, der niedrige Rentenansprüche auch künftig aufwertet. Außerdem wird den vielen Ostdeutschen, die nach der Wende oft unverschuldet arbeitslos wurden oder Jobs zu schlechten Konditionen annehmen mussten, durch die Besserbewertung von Zeiten der Arbeitslosigkeit geholfen.

Das Konzept zu den Ost-Renten sieht ferner die sofortige Angleichung aller pauschal bewerteten Versicherungszeiten (wie Kindererziehungszeiten oder Zeiten für die Pflege von Angehörigen) vor. Außerdem werden wir eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einrichten, die



FOTO: MADDOCHAB/PHOTOCASE.COM

die Voraussetzungen für ein „Rentenüberleitungsabschlussgesetz“ erarbeiten soll. Eine zentrale Rolle spielt dabei ein „Härtefallfonds“ in Höhe von 500 Millionen Euro. Aus diesem Fonds soll ein Rentenzuschlag für zu definierende Härtefälle gezahlt werden, die benachteiligt wurden und deren Renten unter dem Niveau der Grundsicherung liegen. Dazu zählen einzelne Berufsgruppen wie etwa ehemalige Krankenschwestern, aber auch DDR-Geschiedene.

Unser Konzept stellt den bestmöglichen Interessensausgleich zwischen Beitragszahlern und Rentnern im Osten, aber auch zwischen Ost und West insgesamt dar. 22 Jahre nach der Einheit wird ein geteiltes Rentenrecht nicht mehr akzeptiert. Mit dem Fahrplan zur Ost-West-Angleichung ist die SPD die erste Partei, die ein schlüssiges Gesamtkonzept vorgelegt hat.

## Aufholprozess Ost weiter vorantreiben

Eine der weniger erfreulichen Kernaussagen im neuesten Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit ist: Die Ost-West-Angleichung stagniert seit zwei Jahren. Zwar haben sich neue Unternehmen in vielen Branchen etabliert und es werden international gefragte Produkte mit dem Gütesiegel „Made in Ostdeutschland“ produziert. Auch in Thüringen sind wirtschaftliche Zentren entstanden, die allerdings strukturschwächere Regionen noch nicht mitziehen können. Nur wenn sich auch dort eine sich selbsttragende Wirtschaft entfaltet, werden sich die Lebensverhältnisse vollständig angleichen.

Neue Konzepte sind gefragt, wie der Angleichungsprozess unter den erschwerten Bedingungen des demografischen Wandels und zunehmender Armutrisiken in Ostdeutschland wieder an Fahrt gewinnen kann. Hinzu kommt, dass durch die zurückgehende EU-Förde-

rung und die sinkenden Solidarpaktmittel die finanziell geringeren Handlungsspielräume der ostdeutschen Länder durch gezielte Programme abgedeckt werden müssen. Auch deshalb bleibt es notwendig, Ostdeutschland wirtschaftlich weiter voranzubringen. Nur so können die Angleichung der Lebensverhältnisse und der weitere Strukturwandel gelingen.

Die künftige Verteilung der Fördergelder wird auch die immer noch drängende Frage nach einer gesamtdeutschen Solidarität beantworten müssen. Darüber müssen wir bereits heute diskutieren und rechtzeitig die politischen Weichen stellen. Es ist absehbar, dass nach Auslaufen des Solidarpaktes II nicht nur strukturschwache Regionen im Osten, sondern auch im Westen, auf eine gezielte Förderung angewiesen sein werden. Deshalb fordere ich einen „Solidarpakt strukturschwache Regionen“ für die Zeit nach 2019.

## Schockierende Bilanz nach einem Jahr

Seit Januar 2012 arbeite ich im Untersuchungsausschuss des Bundestages, der nach Aufdeckung der rechtsextremen Terrorzelle NSU eingerichtet wurde. Nach einem Jahr ist es Zeit, eine Bilanz zu ziehen und einen Ausblick zu werfen.

Der Verfassungsschutz ist in einer schweren Krise. Er hat gemeinsam mit anderen Behörden bei der Aufklärung der NSU-Morde versagt. Bundesinnenminister Friedrich verkündet eine Selbstverständlichkeit, wenn er sagt, dass der Informationsaustausch zwischen den Landesbehörden und dem Bundesamt verbessert werden muss. Kein Wort davon, dass die unsinnige Überwachung von Linkspartei-Abgeordneten beendet wird. Das Vertrauen in den Verfassungsschutz muss wieder hergestellt werden. Er soll nicht seine Kritiker, sondern die Feinde der Verfassung bekämpfen! Bereits im August 2012 hat die SPD-Fraktion ihre Eckpunkte für eine Reform und Neustrukturierung der Sicherheitsbehörden vorgestellt. Diese beinhalten unter anderem die Verlegung des Bundesamtes für Verfas-



Sönke Rix, Aydan Özoğuz und Iris Gleicke im Untersuchungsausschuss.

schutz nach Berlin, die rechtliche Regelung von V-Leuten und mehr demokratische Kontrolle der Sicherheitsbehörden. Das komplette Eckpunktepapier ist abrufbar unter <http://sozilink.de/?i=235>.

Bis Anfang 2013 werden wir im Untersuchungsausschuss noch weitere Zeugen hören. Mit dem Abschlussbericht, der bis Mitte Juni vorliegen und im Bundestag debattiert werden soll, werden wir Vorschläge machen, wie die Zusammenarbeit zwischen den Behörden verbessert werden kann.



## Steffen-Claudio Lemme

ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus den Landkreisen Kyffhäuser, Sömmerda und Weimarer Land.

Steffen ist stellv. Vorsitzender der Arbeitsgruppe Strategien gegen Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion. Er ist ordentliches Mitglied im Gesundheitsausschuss und im Petitionsausschuss. Außerhalb des Bundestages arbeitet Steffen als Gewerkschaftssekretär und ist Versichertenvertreter im Verwaltungsrat der AOK PLUS. Darüber hinaus ist er stellv. Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in Thüringen und Mitglied im Bundesvorstand der Volkssolidarität e. V.

[www.steffen-lemme.de](http://www.steffen-lemme.de)

# Gesundheit am Arbeitsplatz

Die Erwerbsarbeit ist für viele Menschen ein zentraler Bestandteil ihres Lebens. Dabei sichert die Arbeit nicht nur den Lebensunterhalt ab. Sie ist Ort der Begegnung, der Anerkennung, der Herausforderung und des Miteinanders – zumindest im Idealfall.

In den vergangenen Jahren haben sich die Arbeitsbedingungen erheblich verändert. So hat sich beispielsweise der Dienstleistungssektor enorm ausgeweitet. Über die Hälfte der Beschäftigten arbeitet in diesem Bereich, beispielsweise im Einzelhandel oder im öffentlichen Dienst. Die Belastungen am Arbeitsplatz sind dabei ganz andere als bei überwiegend körperlicher Tätigkeit. Für diejenigen, die im Büro arbeiten, ist das Verletzungsrisiko geringer, dafür sind die psychischen Belastungen höher. Durch die Arbeitsverdichtung, die Entgrenzung der Arbeitszeiten und die stark angestiegenen prekären Beschäftigungsverhältnisse können gesundheitsbeeinträchtigende Stresssituationen entstehen. Vielen ist in diesem Kontext das „Burn-Out-Syndrom“ bekannt.

Oftmals sind Betriebe und Unternehmen noch nicht für die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz sensibilisiert und halten keine gesundheitsfördernden Maßnahmen und Unterstützungsangebote für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereit. Dabei ist die betriebliche Gesundheitsförderung geeignet, um auf die gesundheitlichen Risiken am Arbeitsplatz und die veränderten psychischen Belastungen wie etwa Zeitdruck angemessen zu reagieren.



FOTO: ANJA SCHNABEL

Die SPD-Fraktion hat sich dem Thema „Gesundheit am Arbeitsplatz“ angenommen und bereitet gerade eine parlamentarische Initiative im Bundestag vor. Wir wissen um die Bedeutung nicht nur für die Beschäftigten, sondern auch für die Betriebe und Unternehmen.

Unser politisches Ziel ist es, ein umfassendes sowie nachhaltiges betriebliches Gesundheitsmanagement zu etablieren, um auf die veränderten Belastungen in der Arbeitswelt reagieren zu können. Ein wichtiges Element ist aus unserer Sicht die enge Zusammenarbeit mit den Betriebs- und Personalräten. Außerdem wollen wir Netzwerke fördern, in denen sich die relevanten Akteure über gelungene Maßnahmen und ihre Erfahrungen austauschen können. Entscheidend ist auch, die kontinuierliche Finanzierung sicherzustellen, an der sich die Krankenkassen beteiligen müssen.

## Gegen Wegsehen und Verharmlosen

Zwei kürzlich veröffentlichte Studien zum Rechtsextremismus haben trotz unterschiedlicher Ergebnisse eines gezeigt: Rechtes Gedankengut ist in Deutschland nach wie vor stark verbreitet. Es ist nicht, wie uns die Bundesregierung glauben machen will, ein an den Rändern des politischen Spektrums verortetes Problem. Es ist ein Problem auch der gesellschaftlichen Mitte.

Rechte Ressentiments sind dort besonders stark, wo die Gegner schwach sind. Die Rechten versuchen ganz gezielt, die junge Generation über kulturelle Angebote zu erreichen. Rechtsextremen Einstellungen müssen wir mit Aufklärung und Engagement begegnen: Gesicht zeigen gegen Neonazis und Unterstützung für zivilgesellschaftlichen Mut, aber auch eigene Aktivität und konsequentes Handeln im Alltag. Auch als Partei dürfen wir es nicht zulassen, dass in unseren Reihen jemand wie Thilo Sarrazin mit ausländerfeindlichen Parolen zündelt. Rechtsextrem ist nicht nur da, wo die NPD ist.



Steffen-Claudio Lemme demonstriert gegen Rechtsextremismus.

Die Arbeit gegen Rechtsextremismus muss konsequent und langfristig erfolgen, unabhängig davon, ob das Thema gerade Mode ist. Es ist die Aufgabe jeder Bundesregierung, die Zivilgesellschaft zu stärken und sie im Kampf gegen Rechtsextremismus auch finanziell zu unterstützen. Als SPD wollen wir Initiativen und Strukturen dauerhaft und unbürokratisch fördern. Ganz oben auf der Agenda bleibt weiterhin das Verbot der NPD.

## Streikrecht ist Arbeitnehmerrecht

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat entschieden, dass Streiks in kirchlichen Einrichtungen nicht generell verboten sind. Zwar wurden das kirchliche Selbstbestimmungsrecht und der daraus abgeleitete „Dritte Weg“ im Arbeitsrecht bestätigt. Die Lohnfindung erfolgt bei Konflikten prinzipiell nicht über einen Arbeitskampf, sondern durch eine verbindliche Schlichtung. Nach dem BAG-Urteil allerdings müssen die Gewerkschaften künftig an den Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung beteiligt werden – sonst sind Streiks rechtlich zulässig.

Es gilt, den Blick nach vorn zu richten. Kirchen und Gewerkschaften sind zur engeren Zusammenarbeit aufgefordert. Die entscheidende Frage ist: Was ist soziale Arbeit wert – die Arbeit in Pflegeheimen, in Krankenhäusern und in Kindergärten? Die Kirche trägt als Arbeitge-

ber in ihren Einrichtungen eine besondere Verantwortung. Wenn Beschäftigte in Berufen von hoher gesellschaftlicher Bedeutung unter schlechten Bedingungen arbeiten und nicht angemessen entlohnt werden, ist das nicht akzeptabel.

Im Vordergrund müssen ganz klar die Qualität der Arbeit und die Versorgung derjenigen stehen, die in kirchlichen Einrichtungen betreut werden. Wettbewerb, der über schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne ausgetragen wird, gefährdet die gute Versorgung und die Sicherheit derjenigen, für die Sorge getragen werden muss. Deshalb fordert die SPD faire Arbeitsbedingungen und einen gerechten Lohn für alle, die sich zum Beispiel um Kinder in kirchlichen Kitas oder Seniorinnen und Senioren in den vielen kirchlichen Pflegeheimen kümmern.



## Carsten Schneider

ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus Erfurt, Weimar und dem Grammetal in Berlin.

Carsten ist haushaltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecher der SPD-Landesgruppe Thüringen. Außerdem ist er ordentliches Mitglied im Gremium zur Kontrolle des Sonderfonds zur Bankenrettung und stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss. Außerhalb des Bundestages ist Carsten u. a. Vorsitzender von Erfurt rennt e. V. und sitzt im Kuratorium der Aktion Gemeinsinn e. V.

[www.carsten-schneider.de](http://www.carsten-schneider.de)

# Wohnraum sozial und gerecht gestalten

Wohnraum ist für alle Lebensraum, das soziale Umfeld, das Zuhause. Damit Wohnungen künftig bezahlbar bleiben sowie altersgerecht, barrierefrei und umweltschonend sind, fordert die SPD einen sozialen und gerechten Maßnahmen-Mix.

Seit Schwarz-Gelb mit sozialer Kälte regiert, gibt es die Heizkostenpauschale beim Wohngeld für Einkommensschwache nicht mehr. Angesichts steigender Energiekosten muss sie unbedingt wieder eingeführt werden. Sozial ungerecht sind auch die neuesten Mietrechtsänderungen. Sie höhlen die soziale Funktion des Mietrechts aus und wälzen die Kosten für die energetischen Sanierungen zu einem unverhältnismäßigen Anteil auf die Mieterinnen und Mieter ab. Über diese Entwicklung sind vielen Bürgerinnen und Bürger, darunter auch viele junge Menschen, zu Recht besorgt.

Auch in Thüringer Städten steigen die Nachfrage und damit die Preise für Wohnungen. In der Folge wird bezahlbarer Wohnraum oft knapp. Diejenigen, die sich die Mieten nicht mehr leisten können, werden verdrängt, weil auch Sozialwohnungen vielerorts fehlen. Klar ist: Sozial Schwache mit geringem Einkommen haben ein Recht auf bezahlbare Wohnungen – nicht nur in den Randbezirken, sondern auch in den Innenstädten. Deshalb muss der Bund gemeinsam mit den Ländern auch künftig genügend finanzielle Mittel für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung stellen.

Unsere besondere Unterstützung brauchen die Älteren. Einen alten Baum verpflanzt man nicht. Dies gilt sprichwörtlich für ältere Menschen. Damit sie möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden selbstständig leben können, müssen ihre Wohnungen altersgerecht umgebaut werden. Zur Finanzierung muss die Bundesregierung ihre Investitionszuschüsse auf das frühere Niveau von 100 Millionen Euro pro Jahr aufstocken.



Entscheidend ist außerdem, bedeutende Investitionsprogramme auf hohem Niveau zu fördern. Deshalb fordert die SPD-Fraktion, für das erfolgreiche CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm mindestens 2 Milliarden Euro jährlich bereitzustellen. Zusätzlich muss es ein spezielles Programm für die energetische Stadtsanierung geben, dass mit 100 Millionen Euro auszustatten ist. Dadurch ließen sich die Heizkosten senken, ein Vielfaches an privaten Investitionen auslösen und langfristig die Klimaschutzziele erreichen. Obwohl Baugewerbe, Handwerk, Vermieterverbände, Immobilienwirtschaft, Mieterbund und andere eine deutliche Mittelaufstockung für die Städtebauförderung fordern, bleibt die Bundesregierung mit ihrem Haushalt bereits das dritte Jahr in Folge 300 Millionen Euro unter dem tatsächlichen Finanzbedarf. Diese Politik werden wir verändern, wenn wir wieder in Regierungsverantwortung sind.

## Beschäftigte am Arbeitsplatz schützen

Die SPD will eine gerechte und soziale Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen. Voraussetzung dafür ist vor allem ein gesetzlicher Mindestlohn. Darüber hinaus müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die zum Schutz der Beschäftigten wichtig sind.

Immer wieder gibt es mutige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zum Beispiel Skandale um Gammelfleisch oder Missstände in Pflegeheimen aufdecken. Während sie in solchen Fällen in anderen Ländern gesetzlich geschützt sind, gehen sie in Deutschland ein hohes Risiko ein. Oft droht ihnen die fristlose Kündigung. Arbeitsgerichte gewichten das Geheimhaltungsinteresse der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber oft höher als das Offenbarungsinteresse der Beschäftigten.

Die SPD-Fraktion will die schwache Rechtsposition der Beschäftigten stärken. Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber verdienen einen besseren gesetzlichen Schutz und müssen künftig wissen, was sie wem sagen dürfen. Sie sollen sich an interne Stellen im Unternehmen oder sofort an Behörden wenden dürfen – bei einer Gefahr für Leben, Gesundheit oder Umwelt auch direkt an die Öffentlichkeit. Außerdem dürfen Hinweise keine ar-

beitsrechtlichen Konsequenzen haben. Ignorieren die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber dieses Verbot, müssen sie Schadensersatz leisten.

Außerdem müssen die Beschäftigten in Zukunft besser vor dem Missbrauch ihrer persönlichen Daten geschützt werden. Öffentlich gewordene Datenschutzskandale haben gezeigt, dass immer weniger Rücksicht auf die Persönlichkeitsrechte genommen wird. Häufig werden Beschäftigte heimlich am Arbeitsplatz überwacht.

Eine Totalüberwachung darf es genauso wenig geben wie eine lückenlose Durchleuchtung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. So eine „Daten-Schnüffelei“ lehnen wir ab und wollen beispielsweise den Einsatz von Videoanlagen begrenzen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind der Kontrolle durch modernste Technik schutzlos ausgeliefert. Deshalb müssen Unternehmen künftig stärker als bisher verpflichtet sein, die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen zu achten. Bisher existieren zu viele Einzelregelungen, die keinen ausreichenden Schutz am Arbeitsplatz gewährleisten. Deshalb will die SPD ein eigenständiges Beschäftigtendatenschutzgesetz durchsetzen.

## Thüringens Kulturerbe bewahren

Thüringen ist reich an Kultur. Seine prachtvollen Schlösser, historischen Gärten, Museen mit einmaligen Sammlungen und viele andere Kulturschätze haben sich in den vergangenen Jahren zu touristischen Anziehungspunkten entwickelt.

Allerdings ist klar, dass der Freistaat sein kulturelles Erbe nicht allein dauerhaft finanzieren und bewahren kann. Deshalb muss die Bundesregierung ihre Kulturförderung aufstocken und sich etwa bei der Klassik Stiftung Weimar stärker engagieren. Als zweitbedeutendste Kultureinrichtung ihrer Art in Deutschland besitzt die Stiftung europäische und internationale Ausstrahlungskraft. Bei einer Kulturinstitution diesen Ranges steht der Bund daher in der Pflicht, mehr finanzielle Verantwortung zu übernehmen.

Ein erster Schritt ist bereits getan, in dem die Mittel auf ein Minimum aufgestockt wurden und somit zunächst die paritätische Finanzierung durch Bund und Land sichergestellt bleibt. Als Aufgabe für die Zukunft bleibt



Stadtschloss Weimar

jedoch, den Finanzierungsschlüssel zugunsten des Landes zu verschieben. Der Bund, der sich derzeit mit rund 45 Prozent an den Kosten für die Klassik Stiftung beteiligt, muss seinen Anteil erhöhen. Schließlich trägt er die Stiftung Preussischer Kulturbesitz zu 75 Prozent. Dieser Unterschied in der Förderung der beiden wichtigsten nationalen Kulturstiftungen ist nicht zu rechtfertigen.

# Wir vor Ort – Unsere Wahlkreisbüros

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Wahlkreisbüros sind Eure Ansprechpartner. Bei Terminanfragen, bei Einladungen in Eure Ortsvereine und Kreisvorstände, zu Diskussionsrunden oder zu Feierlichkeiten und bei vielem mehr könnt Ihr Euch immer an

sie wenden. Für Eure politische Arbeit vor Ort erhaltet Ihr von ihnen auch Informationen aus der SPD-Bundestagsfraktion. Außerdem seid Ihr herzlich eingeladen, uns in Berlin zu besuchen. Über unsere Büros könnt Ihr Euch gern für eine Besucherfahrt anmelden.

*Eure Iris, Euer Steffen und Euer Carsten*

## Iris Gleicke

### Wahlkreis:

Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen

### Betreuungswahlkreise:

Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis II, Gotha – Ilmkreis und Kreis Sonneberg

### Büro Suhl (Heidrun Sachse):

Würzburger Str. 3, 98529 Suhl

Telefon: (03681) 30 38 59

Telefax: (03681) 30 37 24

E-Mail: [iris.gleicke@wk.bundestag.de](mailto:iris.gleicke@wk.bundestag.de)

### Büro Schmalkalden (Dieter Schmidtke):

Weidebrunner Gasse 8, 98574 Schmalkalden

Telefon: (03683) 46 78 30

Telefax: (03683) 46 78 29

E-Mail: [iris.gleicke@wk2.bundestag.de](mailto:iris.gleicke@wk2.bundestag.de)

## Steffen-Claudio Lemme

### Wahlkreis:

Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Weimarer Land I

### Betreuungswahlkreise:

Eichsfeld – Nordhausen – Unstrut-Hainich-Kreis I, Kreis Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla-Kreis

### Büro Sömmerda (Heike Hopfe-Arnold):

Weißenseer Str. 27, 99610 Sömmerda

Telefon: (03634) 31 71 61

Telefax: (03634) 31 71 63

E-Mail: [steffen-claudio.lemme@wk.bundestag.de](mailto:steffen-claudio.lemme@wk.bundestag.de)

### Büro Sondershausen (Anne Bressen):

Ferdinand-Schlufte-Str. 23-25, 99706 Sondershausen

Telefon: (03632) 54 28 99

Telefax: (03632) 54 28 39

E-Mail: [steffen-claudio.lemme@wk2.bundestag.de](mailto:steffen-claudio.lemme@wk2.bundestag.de)

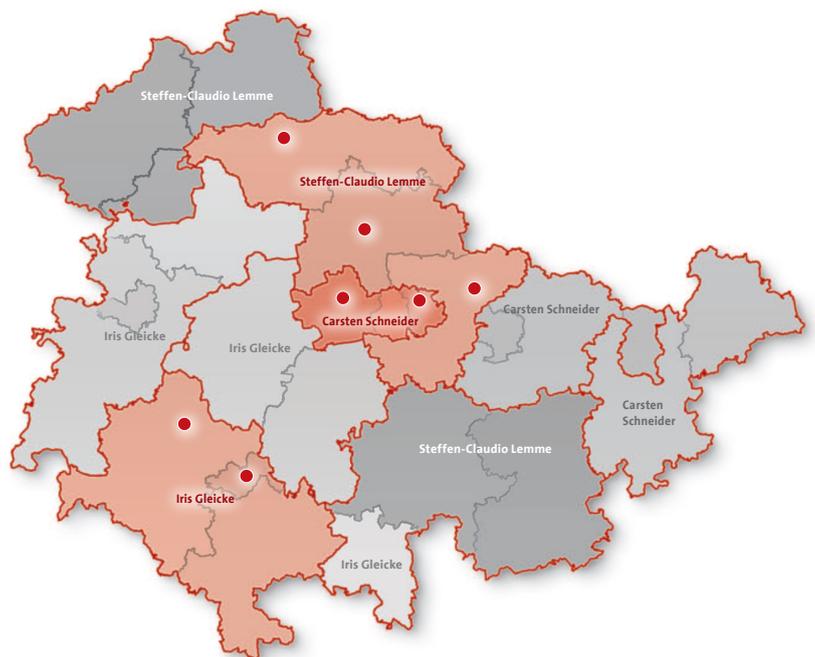
### Büro Apolda (Jenny Füsting, Daniel Gross):

Goerdeler Straße 14, 99510 Apolda

Telefon: (03644) 51 44 35

Telefax: (03644) 51 44 37

E-Mail: [steffen-claudio.lemme.wk05@wk.bundestag.de](mailto:steffen-claudio.lemme.wk05@wk.bundestag.de)



## Carsten Schneider

### Wahlkreis:

Erfurt – Weimar – Weimarer Land II

### Betreuungswahlkreise:

Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis und Greiz – Altenburger Land

### Büro Erfurt (Brita Schweitzberger, Frank Schönemann):

Andreasstr. 25a, 99084 Erfurt

Telefon: (0361) 2 66 68 15

Telefax: (0361) 5 66 07 95

E-Mail: [carsten.schneider@wk.bundestag.de](mailto:carsten.schneider@wk.bundestag.de)

### Büro Weimar (Sven Steinbrück, Peer Bosse):

Goetheplatz 9b, 99423 Weimar

Telefon: (03643) 7 73 70 00

Telefax: (03643) 7 73 70 01

E-Mail: [carsten.schneider@wk2.bundestag.de](mailto:carsten.schneider@wk2.bundestag.de)

### IMPRESSUM

Herausgeber: Iris Gleicke, Steffen-Claudio Lemme, Carsten Schneider  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Druck: SPD-Bundestagsfraktion; Redaktionsschluss: 01.01.2013